

A5NEU2 Diversity & Queerfeminismus

Gremium: Schreibgruppe

Beschlussdatum: 14.04.2018

Queerfeminismus an der Uni

Wir als CampusGrün begreifen uns als queerfeministische Gruppe und möchten die Vorstellung von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit aufbrechen, auch an der Uni!

Wir wollen, dass die Uni ein Raum ist, in dem verschiedene sexuelle Identitäten und Orientierungen als Bereicherung gesehen werden und alle Menschen die gleiche Chance auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Studium haben. Menschen, die sich nicht dem binären Geschlechtersystem zuordnen, stoßen jedoch oftmals auf Barrieren - vom Gang zur Toilette bis zum Geschlechtseintrag bei der Immatrikulation oder dem Semesterticket. Um die Uni zu einem diskriminierungsfreien Ort zu machen, müssen diese Barrieren abgebaut werden! Das Frauenreferat, das Lesbenreferat (Interessenvertretung lesbischer, bi- und transsexueller Studentinnen) sowie das Schwulenreferat sind dafür als Interessenvertretung unverzichtbar und leisten wertvolle Arbeit. Wir unterstützen die autonomen Referate und möchten, dass diese in ihrer bestehenden Form erhalten bleiben. Wir schaffen eine Plattform für alle, die sich für Gleichberechtigung einsetzen, um sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. So möchten wir queerfeministische Themen leichter zugänglich machen und sichere Räume für Diskurse schaffen. Die Vernetzung feministisch aktiver Gruppen ist uns wichtig, um so die Chancen für feministisches Engagement zu erhöhen.

Unsere Ziele:

- Unisex Toiletten in allen Unigebäuden
- Streichung der Geschlechterzugehörigkeit vom Semesterticket
- Freiwillige Angabe der Geschlechterzugehörigkeit auf allen universitären Formularen
- Uniweites Diversity-Konzept
- Erhaltung und Unterstützung der autonomen Referate
- Vernetzung (queer)feministischer Gruppen

Queerfeminismus in der Lehre

Frauen* sind in der Lehre deutlich unterrepräsentiert. Darüber hinaus werden frauenfeindliche Inhalte immernoch reproduziert. So können beispielsweise Jurist*innen keine Veranstaltungen zum Sexualstrafrecht besuchen und Medizinstudierende erlernen ein einseitiges Bild vom Mann als Normpatienten. Verhütungsfragen und Familienplanung sind minderrepräsentiert und finden als vermeintlich weibliche* Themen zu wenig Beachtung. An der Universität wünschen wir uns ein aufgeschlossenes Umfeld, in dem strukturelle Probleme angegangen und nicht ins Private (Weibliche) verdrängt werden.

Wir sehen es als notwendig an, dass Menschen über die Option eines legalen Schwangerschaftsabbruches verfügen, sich darüber informieren können und dafür

41 zuverlässige, zugängliche Quellen finden. Diese Möglichkeit muss durch offene
42 und sensibilisierte Lehre sowie Forschung geschaffen werden. Ein
43 Informationsverbot, wie es zur Zeit mit § 219a StGB besteht, verhindert dies und
44 sorgt für eine Tabuisierung und Illegalisierung von Informationen. Generell
45 bekennen wir uns auch zur Abschaffung auch von § 218 und § 219 StGB.

46 Unsere Ziele:

- 47 - kritische Evaluation der Lehre
- 48 - Aufnahme von Schwangerschaftsabbrüchen in die Lehre
- 49 - mehr Einbeziehung von Frauen* in Forschung und Lehre

50 Verbindungen und Burschenschaften

51 Wir lehnen Verbindungen und Burschenschaften ab! Immer wieder werben diese
52 Gruppen zum Beispiel mit günstigem Wohnraum und verschleiern dabei die damit
53 verbunden Konsequenzen. Verbindungen schließen Menschen aufgrund ihres
54 Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder
55 ihrer politischen Einstellungen aus und fördern elitäre Strukturen. Oftmals sind
56 Kontakte ins rechte Milieu zu beobachten und Burschenschaften pflegen
57 nationalistische und rassistische Traditionen. Diese Art von Gruppen darf an
58 einer offenen, diversen und demokratischen Hochschule keinen Platz haben.

59 Unsere Ziele:

- 60 - Verbindungen und Burschenschaften aus der Liste der Hochschulgruppen streichen
- 61 - Informationen bereitstellen und kritische Veranstaltungen zum Thema
62 Verbindungen organisieren
- 63 - Keine Koalition mit Listen, die Mitglieder in Burschenschaften haben

64 Inklusion

65 CampusGrün steht dafür ein, ein Studium für alle zu ermöglichen. Dabei dürfen
66 persönliche Umstände das Studienleben nicht nachteilig beeinflussen. Die
67 Universität darf Studierende mit ihren individuellen Bedürfnissen nicht alleine
68 lassen. Wir kämpfen für weitere Unterstützungen und den Abbau von Barrieren für
69 Studierende mit nicht-akademischem Hintergrund, für Studierende mit Kind(ern),
70 für Geflüchtete an den Hochschulen und für Menschen mit Behinderung. Der
71 Nachteilsausgleich bei Prüfungen ist uneinheitlich und bürokratisch - wir setzen
72 uns für einen gerechten Ausgleich für alle ein. In den letzten Jahren konnten
73 wir bereits erfolgreich Gebärdensprachkurse in der Uni verankern und das Studi-
74 Kids-Café etablieren. Studierende mit Kind brauchen Eltern-Kind-Räume in denen
75 sie sich zurückziehen können. Die Universität und ihre Gebäude müssen
76 barrierefrei sein, damit auch Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am
77 Studium teilhaben können.

78 Unsere Ziele:

- 79 - Eine verstärkte Einbindung des Referats für Finanziell und Kulturell
80 benachteiligte Studierende (FiKuS) und des Referats für chronisch Kranke und
81 Behinderte
- 82 - Die Möglichkeit zum Teilzeitstudium

83 - Eine Erhöhung der Kapazität der zulassungsbeschränkten Studienplätze für
84 internationale Studierende

85 - Eine Unterstützung von Studierenden mit Fluchterfahrung

86 - Barrierefreiheit in allen universitären Einrichtungen und Gebäuden und in
87 Gebäuden des Studierendenwerks

88 - Eltern-Kind-Räume in allen Instituten und Wickeltische auf den
89 Universitätstoiletten

90 - Studierendenfreundliche Kinderbetreuungsangebote

91 Diskriminierungen bekämpfen

92 Viele Studierende werden tagtäglich diskriminiert, sei es aufgrund ihres
93 Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft oder ihres sozialen
94 Status. Dazu gehören auch sexuelle Belästigungen oder Diskriminierungen durch
95 Höhergestellte. Besonders bei negativen Erfahrungen in denen ein Machtgefälle
96 besteht, ist es für die Opfer schwierig, sich zu wehren. Wir fordern einen
97 anonymen Briefkasten, um ihnen eine Stimme zu geben. Durch eine Auswertung
98 werden diskriminierende Strukturen an der Universität quantifizierbar.

99 Die Diskriminierung von Frauen* spiegelt sich in den universitären
100 Karrierechancen wider. Je weiter die Karriere voranschreitet, desto stärker
101 nimmt der Frauen*-Anteil ab. So sind unter Professor*innen nur 22% Frauen*
102 vertreten. Um dies zu ändern, brauchen wir eine verbindliche Quote.

103 An der Uni Münster studieren 54% Frauen*, doch in universitären und
104 studentischen Gremien sind diese nicht gleichberechtigt vertreten. Wir möchten,
105 dass an der Uni Frauen* und Männer* gleichberechtigt in Gremien vertreten sind
106 und die gleichen Möglichkeiten haben, sich beteiligen zu können.

107 Unsere Ziele:

108 - anonyme Meldestelle bei Diskriminierungen

109 - Quotierung universitärer und studentischer Gremien

110 - Verbindliche Frauen*quote bei der Besetzung von Professuren

111 - Förderung geschlechtergerechter Sprache in Vorlesungsfolien, -unterlagen und
112 Studienarbeiten

113 - Besserstellung der Gleichstellungsbeauftragten

114 Rassismus und Antisemitismus bekämpfen

115 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in unserer Gesellschaft leider immer
116 noch weit verbreitet und nimmt weiter zu. Und auch die Universität als Teil der
117 Gesellschaft ist nicht frei von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.
118 Dies wollen wir ändern! Die Universität und die Verfasste Studierendenschaft
119 müssen hierfür sensibilisieren und niedrigschwellige und mit
120 Handlungskompetenzen ausgestattete Anlaufstellen für von rassistischer
121 Diskriminierung betroffene Personen schaffen. Auch 73 Jahre nach Auschwitz ist
122 Antisemitismus immer noch ein Problem in der Gesellschaft und leider auch im
123 akademischen Bereich. Unser Anspruch ist es, dass in Verschwörungstheorien
124 versteckter Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an der Universität keinen

125 Platz haben. Wir fordern auch eine stärkere Sensibilisierung für diese Themen in
126 der Lehrer*innen-Ausbildung. Auch stellen wir uns klar gegen Wissenschafts- und
127 Kulturboykottaufrufe gegenüber Israel. Wir lehnen jede Unterstützung der
128 antisemitischen "Boycott, Divest, Sanction"-Bewegung ab. Auch eine
129 Zusammenarbeit mit allen anderen menschenfeindlichen Organisationen lehnen wir
130 ab. Im Zuge unserer Einsätze gegen Rassismus und Antisemitismus fordern wir
131 auch eine Umbenennung der Universität, da Wilhelm der II. für den Völkermord an
132 den Herero und Nama, chauvinistische Kriegstreiberei und Antisemitismus steht.

133 Unsere Ziele:

134 - Lehrende, Mitarbeitende, Studierende und angehende Lehrer*innen für
135 rassistische Diskriminierungen sensibilisieren

136 - Anlaufstellen für von rassistischer Diskriminierung betroffene Personen
137 schaffen

138 - Keine Gelder und Räume für die BDS-Bewegung und alle anderen
139 menschenfeindlichen Organisationen

140 - Uni umbenennen